

A2Ä7 Bezahlkarte diskriminiert Geflüchtete, Leistungsausschluss nicht vereinbar mit Verfassungs- und Europarecht

Antragsteller*in: Christina Prothmann (KV Jena)

Verfahrensvorschlag: Übernahme

Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 68 bis 72 einfügen:

Vor diesem Hintergrund sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen die landesweite Einführung der diskriminierenden Bezahlkarte – womöglich sogar verpflichtend auf Grundlage einer Verwaltungsvorschrift des Landes – mit großer Sorge. Wir sind weiter davon überzeugt, dass Basiskonten für alle eine sinnvolle und diskriminierungsfreie Alternative sind, die zudem den Verwaltungsaufwand in den Kommunen drastisch senken würden.Deswegen haben sie Vorrang. Dort wo dennoch Bezahlkarten eingeführt werden, setzen wir uns dafür ein, dass diese diskriminierungsfrei und verwaltungsarm sind. Dies beinhaltet beispielsweise die uneingeschränkte Möglichkeit Bargeld abzuheben, ein Erscheinungsbild, dass sich nicht von herkömmlichen EC-Karten unterscheidet und die Möglichkeit, den eigenen Kontostand jederzeit einzusehen.[Leerzeichen]